

### **Kannst du uns etwas über deinen persönlichen und politischen Hintergrund sagen?**

Ich wurde geboren in Iran. Im Jahr 2004 musste ich aufgrund meines politischen Engagements aus dem Iran in die Türkei flüchten. Auch in der Türkei habe ich die politische Arbeit fortgesetzt. Da aber die türkische Gesetzgebung den Geflüchteten und den Migrant\*innen die politische Arbeit verbietet, wurde ich mehrfach inhaftiert. Nachdem meine Asylbewerbung nicht anerkannt wurde, bin ich ausgewiesen worden. Ich bin im Jahr 2012 über Griechenland nach Deutschland geflüchtet. Seitdem bin ich auch in mehreren Geflüchtetenbewegungen aktiv.

### **Was waren deine ersten Gedanken, als du den neuen Gesetzesentwurf gelesen hast?**

Dieser Fall ist nicht überraschend, da die neoliberalen imperialistischen Staaten vor allem während der kapitalistischen Krise stets eine antidemokratische und menschenunwürdige Offensive gegen die Arbeiter\*innen, Geflüchteten, Frauen, Migrant\*innen, Jugend etc. starten, um die Krise auf Kosten dieser Teile der Gesellschaft zu überwinden. Es ist daher leicht zu erkennen, dass diese kapitalistischen Staaten ein heuchlerisches Verständnis von der Demokratie besitzen. Was kann man anderes von diesem unterdrückerischen und ausbeuterischen System erwarten? Wir erleben tagtäglich rassistische Repressionen, wir werden ausgeschlossen von der Gesellschaft, in dem uns das Arbeitsrecht, Wohnrecht, Bildungsrecht etc. entzogen wird. Während die deutsche Bundesregierung sich künstlich von der rassistischen PEGIDA distanziert, erfüllt sie mit dieser Gesetzesverschärfung die Forderungen von PEGIDA.

### **Wenn dieser Entwurf bestätigt wird, welches Szenario wird hinsichtlich Abschiebungen und Abschiebehaft eintreten?**

Natürlich wird die Zahl der Abschiebehaft und Abschiebungen stark zunehmen. Dieser Entwurf dient zur Vertiefung der rassistischen Atmosphäre des Landes, das heißt, eine neue Dimension bezüglich der Kriminalisierungen und Repressionen gegenüber den Geflüchteten ist zu erwarten. Der deutsche Staat, der als Teil von NATO und G7 und als drittgrößter Waffenexporteur der Welt mittels Spardiktaten die von der Krise massiv betroffene Länder ausbeutet, erwartet eine Integration von der Migration in den Kapitalismus. Das bedeutet nichts anderes als ein Kniefall vor dem verbrecherischen Staat. Wer sich dagegen positioniert, oder die wirtschaftlichen Interessen des Staates nicht erfüllen kann, wird kriminalisiert und abgeschoben. Wer ist hier kriminell? Wie werden diese Rollen bewertet?

### **Wenn du in die Zukunft schaust, sagen wir in 5 Jahren, wie wird die Situation für Geflüchtete dann sein?**

Ich möchte nicht darüber spekulieren, sondern die vorhandenen Bedingungen im Auge behalten, um darauf eine konkrete Antwort zu geben. Wir befinden uns aufgrund unserer materiellen Bedingungen und der rassistischen Abschottungspolitik der Bundesregierung in Isolation und Abschiebungsgefahr. Es hängt von unserem Kampf für unsere Rechte ab. Wir dürfen keine Illusionen darüber schüren, dass die kapitalistischen Regierungen uns freiwillig die demokratischen Rechte gewährleisten. Die Botschaft der Bundesregierung ist offensichtlich: „Wir werden weiterhin im Interesse unseres Kapitals mittels wirtschaftlichen und militärischen Interventionen eine barbarische Außenpolitik führen, in dem wir die Lebensbedingungen der Menschen zerstören. Und gleichzeitig schließen wir den Geflüchteten die Türe zu, die unserem System nicht behilflich sein können.“ Wir dürfen aber unseren Kampf nicht von der Gesellschaft isolieren, sondern die unterdrückten und ausgebeuteten Teile erreichen, weil wir gemeinsam den Kampf gegen das kapitalistische System vorantreiben können.

### **Welche Bedeutung hat dieses Gesetz vor allem für politische Flüchtlinge und Aktivist\*innen? Ebenso für die Flüchtlingsbewegung?**

Wie ich bereits erwähnt habe, sehe ich dieses Gesetz als Angriff gegen die Geflüchteten und das dies die Kriminalisierung erhöhen wird. Die Schikanen gegenüber den Aktivist\*innen sind dazu da, um den gemeinsamen Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu verhindern. Der deutsche Staat braucht bessere Rahmen, um die Angriffe zu legitimieren. Wir werden natürlich nicht auf den Kampf verzichten und

mittels Protestaktionen die antidemokratischen Gesetze bekämpfen. Wir als Geflüchtete müssen gemeinsam mit der Unterstützung der breiten gesellschaftlichen Spektren wie Gewerkschaften, Unis, Schulen, Vereine, Parteien etc. kämpfen, um die Kriminalisierung zu stoppen und ihr entgegen zu treten.

**Welche Ziele können als Widerstand gegen diesen Entwurf formuliert werden? Worin bestehen die gemeinsamen Kämpfe?**

Selbstverständlich müssen wir einen Widerstand leisten, dessen Ziel darin besteht, diesen Entwurf zu blockieren, da er in keiner Hinsicht unsere Lebensbedingungen positiv ändern wird. Doch dieser Widerstand darf sich nicht nur auf den Entwurf reduzieren, da die aktuelle rassistische Gesetzgebung der BRD und die imperialistischen Interventionen den Kern der Problematik bilden. Dieser Entwurf ist in diesem Sinne eine Ergänzung. Das wesentliche Ziel soll meinem Empfinden nach darin bestehen, eine breite gesellschaftliche Unterstützung zu erreichen, die sich gegen die kapitalistische Regierungspolitik positioniert. Wir müssen die gemeinsamen Interessen erkennen, da der deutsche Staat systematisch Arbeiter\*innen, Jugend, Frauen, Migrant\*innen und Geflüchtete angreift. Diese Unterstützung kann in Form einer Kampagne von Universitäten, Schulen, Gewerkschaften, Vereine, Parteien, Organisationen etc. ausgehen. Diese Kampagne soll neben demokratischen Forderungen von Geflüchteten, wie Anerkennung aller Asylanträge, Recht auf Wohnung statt Einsperrung in den Heimen, Recht auf Bildung, volles Arbeitsrecht, auch eine Perspektive gegen Prekarisierung, Arbeitslosigkeit, Sexismus, Rassismus, Homophobie/Transphobie, Krisenpolitik der Regierung und imperialistische Außenpolitik enthalten. Denn bisher haben wir die Erfahrung gemacht, dass nicht die isolierte Form des Kampfes uns vorantreibt, sondern die strategische Einheit aller Unterdrückten.